

Immer noch in vollem Gang: Ukrainekrise & Bürgerkrieg - Ein Kurzupdate

Der Bürgerkrieg in der Ukraine, der sich im Mai 2014 aus dem Sturz der ehemaligen Janukowitsch-Regierung entwickelt hat, wird weiter mit Härte geführt und hat eine traurige Bilanz: mindestens 5600 Tote, über eine halbe Millionen Geflüchteter und eine in der Ostukraine massiv zerstörte Infrastruktur.

Mer

dazu

hier:

<http://www.onesolutionrevolution.de/international/zusammenfassung-und-ausicht-des-ukraine-konflikt/>

Interessen

Die Motive der Parteien sind dabei die selben geblieben. Der Versuch der europäisch-ausgerichteten ukrainischen Oligarchie und der EU Zugriff auf die Märkte des jeweils anderen zu bekommen, hat einen durch Mithilfe von Faschisten errungenen Regierungswechsel erwirkt. Die USA hat dabei ein besonderes Interesse Russland zu schwächen und Europa zu spalten, deshalb tritt sie sehr viel aggressiver als Europa auf, welches auch um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland bangt.

Bisher hat die deutsche Bourgeoisie teilweise zähneknirschend die Sanktionierungspolitik mitgetragen. Eine Folge ist z.B. dass deutsche Exporte seit dem Verhängen der Sanktionen um 18% zurückgegangen sind.

Die USA haben in der Ukraine geostrategische und wirtschaftliche Interessen. Zum einen ist es gelungen, den NATO-Einfluss weiter gen Osten zu verschieben, zum anderen bringt man das Land mittels IWF in Abhängigkeit - beides Institutionen, bei welchen die USA im Wesentlichen tonangebend ist. Auch der Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe und von Militärbasen im Baltikum und Osteuropa zeigen deutlich wie sehr der westliche Imperialismus seine Messer wetzt.

Russland, ein ebenso imperialistischer Akteur wie die EU und die USA, versucht auch einen Teil des Kuchens abzubekommen. Die Angliederung der Krim und die Unterstützung der russisch-nationalistischen Führung in der Ostukraine drücken das deutlich aus. Russland ist ein sehr schwacher Imperialist und muss um seine schwindende Machtstellung kämpfen, hat aber ein hohes militärisches Potential. Um die Wirtschaft steht es schlecht. Der sinkende Ölpreis, die Abwertung des Rubels und die Sanktionen des Westens begünstigen Kapitalflucht und lassen einen Wirtschaftseinbruch von bis zu 5,5 % für das Jahr 2016 voraus sagen. Auch deswegen versucht Moskau nun eine verstärkte Zusammenarbeit mit aufsteigenden chinesischen Imperialismus.

Krieg im Osten

Der stark industriell geprägte Osten des Landes hätte unter der Markttöffnung in Richtung EU stark gelitten und stellte sich gegen die neue Regierung aus Neoliberalen, Konservativen und Faschisten, worauf diese mit Krieg reagierte.

Nach offenem Ausbruch der Krieges drängten beide Konfliktparteien auf eine militärische Lösung der Krise. Die unzähligen Friedensverhandlungen im letzten Jahr wurden beiderseits aus taktischen Gründen geführt, um sich für ein Wiederaufflammen der Kämpfe zu wappnen. Auch die jüngsten Verhandlungen wurden durch Nichterscheinen der Kiewer Zentralregierung in Minsk unterbrochen.

Die westlichen Imperialisten unterstützen Kiew dabei ganz offen. Ausbildungskräfte für Militär und Polizei, sowie Waffenlieferungen wurden ins Auge gefasst. Militärisches Material, sowie Munition wurde bereits von den USA, bzw. von England geliefert.

Außerdem gibt es Hinweise auf die Anwesenheit von US-amerikanischen Söldnern und Militärberatern. Vorrangig wird aber mit Krediten und einer engen wirtschaftliche Zusammenarbeit gelockt. Auf der anderen Seite wird Russland immer wieder eine Unterstützung der russisch-nationalistischen Führung der Aufständischen im Osten vorgeworfen, was sicherlich richtig ist.

Unterdessen ist die ukrainische Armee, genauso wie die Wirtschaft, weiterhin in einem völlig desolaten Zustand. Zuletzt hatte die ukrainische Armee an Boden verloren. Der Kessel um Debälzewe, einer strategisch wichtigen Stadt zwischen Donezk und Lugansk wurde nun von ostukrainischen Kräften eingenommen.

Am 12.2.2015 wurde wieder ein Waffenstillstand beschlossen, der zu dem Frontverlauf vom 19.9.2014 zurückkehren würde, außerdem sollen Waffen abgezogen und Gefangene ausgetauscht werden, allerdings ist die Waffenruhe auch beiderseits enorm brüchig.

Krise im Westen

Kriegssteuern und vom Westen verordnete Haushaltskürzungen machen derweil der Bevölkerung auf Kiew's Seite zu schaffen. Junge Männer fliehen in Scharen vor dem Einzugsbefehlen zur Armee in die Nachbarländer. Wer genug Geld hat kann sich, bald sogar ganz offiziell, freikaufen. Die Eingezogenen sind schlecht ausgebildet und ausgerüstet. Sie desertieren oft und fliehen vor den Kämpfen. Deshalb werden loyale faschistische Freiwilligenbataillone hinter der Front aufgestellt um mit „Waffengewalt“ gegen Deserteure vorzugehen (1). Mit anderen Worten, die Hinrichtung für Wehrdienstverweigerung ist möglich. Als Kerntruppe der ukrainischen Armee bauen die Faschisten weiter ihre Machtstellung aus. Waffen und Munition werden ins Hinterland geschafft, gegen die Auflösung ihrer Strukturen wird in der Hauptstadt randaliert. Offene Neonazis werden in Polizei, Militär und Politik integriert, wie z.B. der Chef der Nationalgarde, also der Zusammenfassung der rechtsextremen Milizen, ein gestandener Faschist, auf den Posten des Verteidigungsministers gehoben wurde.

Eine fortschrittliche Lösung der Krise kann im Osten der Ukraine durch einen starken antifaschistischen Widerstand und der internationalen Unterstützung von diesem erreicht werden. Linke Elemente, wie Enteignung von Betrieben und Banken, sowie Selbstverwaltungsstrukturen müssen erweitert werden. So kann der Widerspruch zwischen bürgerlich-nationalistischer Führung und der progressiveren Basis aus Arbeitern und Soldaten intensiviert werden. Es muss ein politischer Kampf um eine neue

Führung, die keine Handlanger der Imperialisten hofiert, sondern sich auf die Organe der Arbeiter_Innen wie Milizen und Räte gründet, geführt werden.

Im Westen der Ukraine kann wiederum die Macht von Oligarchen und Faschisten mit militanten Arbeiter_Innenstreiks gebrochen werden.

Wir unterstützen das Selbstbestimmungsrecht aller im Konflikt beteiligten Nationalitäten und stellen uns klar gegen die Unterdrückung russischer Bevölkerungsteile durch die Kiewer Regierung.

Wir sagen aber auch, dass die Arbeiter_Innenklasse in der Ukraine den Kampf nur für sich gewinnen kann, wenn sie sich nicht in russisch und ukrainisch spalten lässt, sondern gemeinsam gegen den Imperialismus und die Herrscher kämpft. Dringend wird hier auch die Etablierung eines revolutionären Übergangsprogramms und einer entsprechenden Partei, die Einheitsfrontangebote an die organisierte Arbeiter_Innenklasse richtet, gebraucht.

Ein Artikel von Henry Schmidt, REVOLUTION Fulda

1 :

http://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/gesetz-1762-der-rada-vom-18-januar-2015-ukraine-krise-kommentar_id_6200907.html